Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

26.2.1931 (No. 48)

Femiprecher Dr. 958

Karlsruher Zeitung Vadischer Staatsanzeiger

für ben umb ben Cheftebafteur G. Mmenb.

Bezugspreis: Monatich 3,25 AM. einscht. Bufteligebühr. — Einzeinummer 10 Apf.; Samstags 15 Apf. — Anzeigengebühr: 14 Apf. für 1 mm höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wieberhotungen tant, sier R.batt, der als Rassenabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht dinnen vier Bochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antische Anzeigen sind diese ist, zu senden und werden in Bereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Riageertebung, swangsweiser Beitreibung und Konfursversalten fallt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruße. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperce, Aussperrung, Waschinenbruch, Bertebsstörung im eigenen Berteb oder in denen unsere Lieferanten, hat der Ingerent seine Uniprücke, falls die Zeitung verhöltet, in beschränkterz Umsange oder nicht erschent. — Für telephonische Abbeitellung von Anzeigen wird keiner Gewähr übernommen. Unverlangte Drucklachen und Manustripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Berpflichtung zu irgendweicher Bergütung übernommen. Wöhestellung der Zeitung kann nur je dis 25. auf Monatsschlüße ersolgen. — Beilagen zur Karlsrußer Zentralanzeiger für Beaute, Wissenschaft und Bildung, Babische Rultur und Geschichte, Babische Wohlsahrtsblätter, Amtliche Berickte über die Berhandlungen des Badischen Landtags.

Der kommunistische "Weliarbeitslosentag"

Blutige Zusammenftoge in Leipzig und Röln Die Rommuniften hatten gum gestrigen Mittwoch in Deutschland und im Musland einen "Beltarbeitslofentag" und "Gungermariche" proflamiert, und die Folge davon waren, wie gu erwarten, Musichreitungen und auch blutige Bufammenftofe. Die Roften tragen neben den berletten Bolizeibeamten berhette Leute und fogar Unbeteiligte. Hoffentlich wird man fich aber mehr als bisher an die Rabelsführer halten.

In Berlin tam es verschiedentlich ju Blünderungen und Diebstählen in Lebensmittelgeschäften. Un verschiedenen Stel-Ien Berlins versuchten Rommuniften mabrend des gangen Tages Erwerbslofenguge zu bilden, die jedoch überall von der Bolizei aufgelöst wurden. Die des öfteren angegriffene Bolizei mußte mit Schredschüffen und dem Gummifnuppel die Ordnung wiederherstellen. Ein Oberwachtmeister und ein Oberleutnant wurden erheblich berlett. Einige Giftierungen tonnten vorgenommen werden.

In Leipzig murden Boligeibeamte, die einen tommuniftifchen Demonstrationszug auflösen wollten, bon den Demonstranten mit Steinen beworfen und beschoffen, worauf sie ihrerseits das Feuer erwiderten. Gechs Boligeibeamten wurden durch Steinwürse, einer durch einen Streifschuß verleht. Vier Demon-itranten wurden getötet. Unter den Schwerverlehten befindet sich auch ein zwölfjähriger Anabe, der einen Stedschuß in die Schäfe erhielt, als er, in einer Haustür stehend, den Ausschreitungen zusah.

In Aurnberg wurden tommunistische Demonstrationsversuche mit Hilfe des Gummiknüppels im Keime erstidt.

In Münden bewarfen erwerbslose Demonstranten die Bo-lizei mit Steinen, doch wurden sie bon der Polizei zerstreut und zwei Personen sestgenommen. Auch in Köln mußte die Bolizei gegen demonstrierende Erwerbslose einschreiten, die durch Steinwürfe mehrere Perfonen verletten. Mehrere Demonstranten wurden verhafter. Im Auhrgebiet fam es zu keinen größeren Ausschreitungen. In Bochum und Castrop-Rauzel mußten Erwerbslosenzüge unter Anwendung des Gummiknüppels ausgelöst werden.

In Saarbruden und in Reuntirchen tam es zwischen Tau-fenden von Erwerbslosen und der Polizei, die mit Steinen be-worsen wurde, wiederholt zu Zusammenstößen, wober eine An-zahl Erwerbsloser und Schutpolizeibeamte Verletzungen er-

Rach den aus dem Ausland vorliegenden Meldungen bat der "Belterwerbelofentag" nirgende gu größeren Zwischenfällen geführt. Es tam in Danemart, Schweden, Frankreich, Spanien und der Tschechoslowakei vielsach zu Demonstrationen, die je-boch, wo sie die öffentliche Ordnung zu stören drohten, don der Bolizei aufgelöst werden konnten. In Kopenhagen wurden zirka 50 Fensterscheiben eingeschlagen, serner wurden Lebens-mittelläden geplündert. Die Kolizei benutzte zum ersten Wale auf Ausschlagen zur Auflösung von Ansammlungen Polizeihunde, deren Er-scheinen wiederholt veranlaßte, daß große demonstrierende Gruppen in wilder Kanif auseinanderstoben.

Aber die Zwifdenfälle in Baben berichten wir an anderer

verufilme Soribildung für arbeitslose Zugendliche

Enbe Dezember v. 3. hatte der Brafibent der Reichsanftalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslofenverficherung befondere gnahmen für die berufliche Fortbilbung arbeitslofer Jugenblicher angeordnet. Inzwischen find, wie die Reichsanstalt mitteilt, in bielen Bezirken des Reiches zwedmäßige Beranstal-

mitteilt, in vielen Bezirken des Reiches zwedmäßige Beranftal-tungen auf diesem Gebiete ins Leben gerusen worden. So wird z. B. bekannt, daß im Bereiche des Landesarbeits-amtes Westfalen seit Januar d. J. 20 Arbeitsämter berufliche Bildungsmahnahmen sür Jugendliche eingerichtet haben, durch die 9866 Arbeitslose im Alter von 17 dis 21 Jahren (darunter 1648 weibliche) ersaßt werden. Der Kreis dieser Personen erweitert sich ständig. Das Zusammenwirken der Arbeits-ämter mit den Beruss- und Fachschulen zeitigt gute Ersolge. Da die Gemeinden sich an den Sachschulen beteiligen, kann nit berhältnismäßig geringen Witteln fruchtbringende Arbeit im berhältnismäßig geringen Mitteln fruchtbringende Arbeit im Kampfe gegen die beruflichen und seelischen Gefahren ber Arbeitslosigkeit geleistet werden.

beitslosigkeit geleistet werden.
Ein bemerkenswertes Beispiel bilden auch die von einem rheinischen Arbeitsamt in Verdindung mit dem Jugendamt und der Bollshochschule durchgeführten Arbeitsgemeinschaften, in denen bereits im Dezember v. J. 976 arbeitslose Jugendliche ersast wurden. Wo es, wie schon setzt vielsach, gelingt, die Berussschulen, das Amt für Leibesübungen sowie die Berussberbände und weltanschaulichen Bereinigungen in diese Gemeinschaftsarbeit hineinzuziehen, sindet die vom Arbeitsamt erstrebte berussiche Fortbildung eine wertvolle Ergänzung nach der Seite der allgemeinen Bildung, der Jugend- und Gesundheitspssege. Es ist anzunehmen, daß schon in kurzer Zeit aus weiteren Teilen des Reiches über einen praktischen Fortsang dieser Bestrebungen berichtet werden kann. gang biefer Beftrebungen berichtet werben tann.

Slottenverbandlungen in Rom

WTB. Kom, 26. Febr. (Xel.) Heute vormittag 11 Uhr begansen im Balazzo Chigi die Berhandlungen zwischen dem Staatssektetär des Außeren, Henderson, und dem britischen Lordadmiral alexander mit dem italienischen Außenminister Grandt und dem ttalienischen Marineminister Striannt sowie dem italienischen Sachberständigen.

Letzte Nachrichten

Am die Gefrierfleischeinfuhr Der Ausschuß für ein Kontingent von

50 000 Tonnen

BDB. Berlin, 26. Febr. (Zel.) 3m Sanbelspolis tifden Musidus bes Reichstags murbe am Donners. tag mit elf gegen acht Stimmen ber fogialbemotra. tifde antrag angenommen, wonach ab 1. Mars gur Berforgung ber minberbemittelten Bevölferung mit billigem Bleifd wieber ein Rontingent von 50 000 Zonnen Befrierfleifch gur gollfreien Ginfubr augelaffen wirb. Bur ben fogialbemotratifchen Antrag ftimmten Sogialbemo. traten, Rommuniften und Staatspartei. 3mei Bentrumsabgeordnete enthielten fich ber Stimme. Es fehlten bie fünf Rationalfogialiften und bie zwei Deutschnationalen.

Der Zentrumsabg. Dr. Deffauer hatte einen Kompromifi-vorschlag gemacht. Danach foll die Reichsregierung berpflichtet fein, ein zollfreies Gefrierfleifchtontingent bis gu 50 000 Tonnen sein, ein zollfreies Gefrierfleischtontingent bis zu 50 000 Tonnen jährlich zuzulassen, falls nach den Feststellungen des Reichsernährungsministeriums die Fleischpreise eine Erhöhung über den Stand dem 25. Februar 1931 ausweisen. In die Durchsührungsbestimmungen hierzu soll die Regierung besondere Sicherungen aufnehmen, daß das Gestiersleisch auf dem Bege den den Importeuren dis zu den Verbrauchern nicht ungerechtsertigt verteuert wird. Große und Kleinhandelspreise sollen planmäßig beaufsichtigt und wirszam sontrolliert werden. Um diesen Antrag ging heute im Ausschuß der Kantps. Da Deutschnationale und Reinhandelspreise sollen planmäßig des Schickselber und kantrags von den Beratungen nicht teilnahmen, hing das Schicksal des Antrags von der schließlichen Haltung der Sozialbemokraten ab. demotraten ab.

Die Kommunisten forderten sogar eine Erhöhung des Kontingentes auf 120 000 Tonnen.

Gewerkichafsführer

bei Simbenburg

Besprechungen über die Arbeislosigkeit und Lohnpolitik

CNB. Berlin, 26. Febr. (Briv.-Tel.) Wie wir erfahren, empfing ber Reichspräsibent heute Mittag um 12 Uhr in Gegenwart des Reichsarbeitsministers die Führer der Gewertschaften, der Christlichen Gewertschaften und des Gewertschaftsrings. Es ist anzunehmen, daß die Gewertschaftsvertreter dem Reichsprässiden uhre des Writeriel ihre Unschaungen über die Arbeitslosigteit und die Rotwendigkeit, ihr durch energische Masnahmen zu entgegnen, vortrugen. Außerdem bürste auch die Krage der Lobn sentung vortrugen. Außerdem bürfte auch die Frage ber Lohn fentung zur Sprache gebracht worben sein. In Gewerkschaftskreisen steht man auf dem Standpunkt, daß die Lohnsentungspolitik baldmöglichft gum Abidluß gebracht werben muß.

Ein "Internationales Areditinstitut"

Frangösische Ablehnung eines englischen Planes BEB. Baris, 26. Febr. (Tel.) Ans einem Artifel bes "Echo be Baris", ber fich mit ber Finangpolitit Frantreich's beschäftigt und die Frage erörtert, wie Frantreich seine finangielle Macht in ben Dien ft feiner Bolitit fiellen tonne, ertlatt man, bag ber Gonver-neur ber Bant von England, Montague Rorman, wihrend ber letten Situng bes Berwaltungsrats ber Internatio-nalen Bahlungsbant ben Blan ber Schaffung eines "Inter-nationalen &reditinftituts" erörtert habe.

Diese Justitut würde — nach Normans Außerungen — Obligationen zugunsten von Unternehmungen auflegen, die seiner Ansicht nach in den verschiedenen Ländern empfehlenswert und des Interesses würdig wären. Die von diesem Institut ausgeliehenen Kapitalien würden zumeist französischer Heim. Deshalb verstehe es sich von selbst, daß Frankreich nicht in diesen Plan eintreten könne. Die Bolitif sei gegenwärtig zu eng mit der Birtschaft verdunden, als das man auch nur vom Standpuntt des Eieldasebers die politischen man auch nur bom Standpuntt bes Gelbgebers die politifchen Wirfungen einer Kreditoperation außer acht laffen fonnte. Frankreich mußte seinen Kapitalstrom dorthin leiten, wo er "zur Konsolidierung des Friedens" beitrage.

Nach dem "Deubre" soll das englischerseits vorgeschlagene Finanzinstitut zwar nicht mit der Internationalen Zahlungs-bant in Basel vereinigt werden, aber in Verbindung mit ihr

Gin Dummerjungenftreid)

CNB. Berlin, 26. Febr. (Priv.-Tel.) Heute morgen waren in Berlin Gerlichte von einem Attentat auf den früheren Polizeipfröhenten Börziebel, der in Zehlendorf wohnt, verdreitet. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, kann von einem Attentat feine Nebe sein. Sowohl Herr Zörziebel, als auch der Polizeipräsibent Greszinsti haben einen Brief in einem gewöhnlichen grünen Kouvert erhalten, in welchem sich eine Streichholzschachtel, sowie Kaplerschnisel und einige kleine Zellnsotzeite befanden. Als der Brief an Zörziebel aufgerissen wurde, entstand durch Entzündung eines Streichholzse eine kleine Flamme, die sofort wieder berlöschte. Bei dem Brief an Herrn Greszinsti ist überhaupt nichts passiert. Es dürfte sich lediglich um einen dummen Scherzhandeln.

*Frankreich und die Abrüftung

Die frangofische Regierung hat gerade in den letten Tagen den Beweis dafür geliefert, daß es ihr auf eine wirflich ehrliche und brauchbare Berftandigungepolitit nicht ankommt, daß fie fich vielmehr auch heute noch unter dem Borte "Berftändigung mit Deutschland" eine Bolitik borftellt, die uns für immer gu einer Dacht zweiten Ranges ftempelt und die militarische überlegenheit Frant. reichs für alle Zeiten festlegt. In geradezu flaffischer Beife hat der frangösische Kriegsminister Maginot die Grundgedanken diefer frangösischen Bolitik in einer Rammerrede umidrieben.

Er hat erflärt: "Reine Macht, die den Friedensvertrag von Berfailles unterzeichnet bat, fann auf die Rlaufeln bergichten, durch die die Ruftungsbeidrantung Deutschlands feftgelegt wird. Unfere augenblidliche Ruftung hängt tatfächlich bon diesem Zustand ab. Wenn Deutschland fich feinen Berpflichtungen entziehen würde, wären wir genotigt, unfere Bewaffnung heraufzuseben auftatt herabanfeten. Das wurde aljo nicht eine Beidrantung, fondern ein neues Bettruften geben. Man fann die Abrüftung der Bölker nicht dadurch erzielen, daß man damit anfängt, die bestehenden Abmachungen nicht zu berüchsichtigen. Man barf bod nicht fagen, baf alle Rationen auf ben Juf ber Gleichberechtigung geftellt werden mußten. Wenn man die Kriegsgefahr jum Berfcwinden bringen will, ift es nur gerecht, ja notwendig, daß benen, die bie Angreifer gewesen find, die ftrengften Befdrantungen auferlegt werden, und daß die Rationen, die nicht angegriffen haben und die fich weigern, anzugreifen, nicht dulben fonnen, daß die militarischen Bestimmungen bes Versailler Vertrages in Frage gestellt werden."

Bir durfen bem frangofifden Rriegsminifter bantbar fein dafür, daß er in so offenherziger Beise die Auffasjung der frangösischen Regierung und der Mehrheit bes frangösischen Bolkes bekundet hat. Alle schönen Reden Briands haben bisher nur den einen Zwed gehabt, diefer Auffassung eine Form gu geben, die weniger anftogig ift und die Barifer Augenpolitif zu allerlei ichlauen Manobern unter bem Motto "Friede und Berftandigung" befähigt.

Die Frangofen find von jeher Meifter der politischen Propaganda gewesen, Und wenn ein französischer Staatsmann die Runft diefer Propaganda beherricht, fo ift es Briand. Rur guviele find ihrer Suggeftion erlegen. Auch in Deutschland! Seute wird wohl fein deutscher Staats. bürger mehr daran zweifeln, daß die ganze französische Politif ber letten Jahre nur das eine Biel verfolgt bat, mit den Weitteln einer friedlich ausschauenden Diplomatie die Aberlegenheit Frankreichs fo zu untermauern, daß fie auch den Stürmen einer Abrüftungstonfereng troben

Seitbem das deutsche Bolf in allen feinen Teilen und mit ihm seine Regierung erst einmal begriffen hatte, was die sog. "Locarnopolitik" in französischer Auslegung eigentlich ju bedeuten bat, bat fich bei uns ber nationale Bille gum Biberftand geregt; und diefer Bille umfaßt heute alle Schichten des Bolkes, da fie alle von der Erkenntnis durchdrungen sind, daß jene Ziele der französisigen Politik die dauernde Bedrückung Deutschlands in fich schließen, den Weltfrieden gefährden und sonach vom patriotischen Standpunkt aus wie vom pazifistischen Standpuntt aus befämpft werden muffen. Die Tatfache, daß fich diese nationale Ginheitsfront in Deutschland gebildet hat und immer ungeftumer auf ihrem Recht bebarrt, hat wahrscheinlich den französischen Kriegsminifter veranlagt, die Bahnen Briandicher Diplomatie ju berlaffen und mit riidfichtslojer Offenheit die wahre Auffaffung Frankreichs bor aller Welt zu enthüllen.

herr Maginot lehnt alfo die Forderung nach der Gleich. berechtigung Deutschlands rund heraus ab. Die Beftimmung des Friedensvertrages, die aus der beutichen Abrüftung eine Berpflichtung gur Abrüftung aller Unterzeichner macht, wird von ihm einfach bei Seite geschoben. Und ichlieflich bekennt fich herr Maginot ju der für Frankreich so bequemen Theorie, daß Deutschland, da es "angegriffen" habe und am Kriege schuld fei, auch weiterhin gang beftimmte Beidrantungen in militarifder Sinficht auf fich nehmen muffe.

Das ift ein völlig unmöglicher Standpunkt. Sogar die "Frankfurter Zeitung" tritt Beren Maginot in ihrem gestrigen Abendblatt mit Schärfe entgegen. Und fie erflärt, daß die deutsche Reichsregierung nunmehr gezwungen werde, die Frage der Kriegsschuld offiziell als hochaftuelle, politische Frage aufzugreifen. Durch den Beschluß des Reichstages, der die Revision des Kriegsschuldparagraphen fordert, wird ihr eine Aftion in dieser Richtung ja besonders erleichtert.

Ingwischen tut die frangösische Bolitik alles, um die Abruftungskonfereng, die im nächsten Jahre gu einer endgültigen Beschluffaffung zusammentreten foll, in ihrem Sinne gu beeinfluffen. Und wieder ift es England, das zu gewinnen versucht wird. Es haben in der letten Zeit sehr eingehende Berhandlungen flattgefunden, und man spricht bereits von Bereinbarungen. Diese Bereinbarungen follen nach französischem Wunsch zwei Zielen dienen, einmal der bauernden Ruftungebeidranfung in Deutichland, und zweitens der dauernden Sicherung der militarifden Aberlegenheit Frankreichs, und awar ibegiell auch Italien gegenüber. Zweifellos wird der frangösische Reichtum, ber überfluß Frankreichs an finanziellen Mitteln, in der nächsten Beit noch viel ftarfer in den Dienft dieser Pariser "Abrüstungspolitik" gestellt werden. Um es mit einem furgen Bort zu fagen: men wird von Baris aus den Bersuch machen, England, Italien und Deutschland gu faufen, um fie willfährig für die frangöfischen Plane zu machen. Daß diese Bersuche Deutschland gegenüber von vornherein jum Scheitern verurteilt find, brauchen wir wohl nicht ausdrücklich zu betonen. Etwas anderes ift es mit England. Wenn auch neuerdings erklart wird, daß bei den Berhandlungen zwischen London und Baris bindende Beschlüffe noch nicht gefaßt feien, fo haben wir doch alle Beranlassung, diesen Berhandlungen felbst mit dem größten Migtrauen zuzuseben. Und die Tatsache, daß das militärische Budget Frankreichs immer mehr anschwillt und neuerdings 12 Milliarden Franken umfaßt, kann diefes Migtrauen nur berftarken.

Die neue Geparatistenaffäre

Untersuchung noch nicht abgeschlossen

Die Ermittlungen in der Pfälzer Separatistenangelegenheit sind, wie dem "Badisch-Pfälz. Landesdienst" aus Leipzig berichtet wird, noch nicht abgeschlossen. Bur Zeit befinden sich noch 6 Versonen in Saft. Im wesentlichen ist solgendes sestung sich in Paris besindet, hatte in der Pfalz ein Net von Aufnahmestellen für solche Separatisten errichtet, die nach der Räumung der besetzten Gediete durch die Ermittlungen, weil der Berdacht nahe liegt, daß sie neben ihren natürlich erlaubten daritativen auch nicht erlaubte politische Ziele berfolgt, darunter hauptsächlich die Wiederaufrichtung und Stärtung einer geschlossenen separatistischen Organisation in den ehemals besetzten Gebieten.

Leo Gelavet vor Gericht

Bon den drei Brüdern Stlaret wird sich schon in den nächsten Aagen der Kaufmann Leo Stlaret in Berlin vor Gericht zu verantworten haben. Bei diesem Prozes, der Donnerstag, den 5. März, vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte zur Berhandlung ansteht, lautet die Anklage auf verleumderische Beleidigung.

Bekanntlich wurde in dem großen Beleidigungsprozeß, den Direttor Brolat von der B.B.G, gegen die "Mote Jahne" führte, Leo Stlaret als Zeuge vernommen. Bei dieser Gelegenheit erhob er sehr scharfe Antlagen gegen den Magistrat und insbesondere richteten sich seine Angriffe gegen Bürgermeister Scholt, von dem er behauptete, daß er bei dem Bürgermeister Scholt, von dem er behauptete, daß er bei dem Bresseball 1929 an seinem Tisch gessen habe, an dem Sett aus "Kübeln gessoffen" und "Kaviar mit Löffeln gefressen" worden wäre. Bürgermeister Scholt widerlegte damals sofort dei seiner eidlichen Bernehmung in demselben Brozes diese Angaben Leo Stlarets und stellte gegen ihn Strafantrag wegen verleumderrischer Beleidigung.

Lohnregelungen in der Textilindustrie. Der vom staatlichen Schlichtungansschuß Gladbach-Rhehdt gefällte Schiedsspruch für die niederrheinische Textilindustrie Reupen und Umgebung, der ab 1. Februar 1981 einen Lohnabbau von 6 Proz. vorsieht, ist vom Schlichter für das Rheinland für verdindlich erstärt worden. Der Schiedsspruch war von den Arbeitnehmerorganisationen abgelehnt und von den Arbeitgebern angenommen worden. Diese hatten auch die Berbindlichteitserstärung beantragt. Seenso ist der fächsischen. Er sieht eine Herabsehung der Beitöhne von 6,1 die 6,4 Prozent mit Wirtung vom 12. Febr. 1981 ab vor. Die Lohnsenfung wird bereits im Lause dieser Woche zur Auswirtung tommen. Innerhalb des Berbandsgebietes werden zur Zeit etwa 25 000 Arbeiter beschäftigt, die von der Lohnsenfung betroffen werden. — Die Berhandlungen in der Veseleber Textilindustrie blieben ergebnissos.

Aleine Chronik

Der Untersuchungsrichter in Stuttgart hat mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft beschlossen, Dr. med. Friedrich Wolfgegen Leistung einer Sicherheit in Höhe von 25 000 RM mit der weiteren Untersuchungshaft zu verschonen. Wolf, der Kommunist ist, erklärte, er halte es für untunlich, wenn die Sache für seine Berson politisch ausgeschlachtet werde. Er wünsche aber, daß die Bewegung gegen den § 218 ein politischer Kampf, eine Bolksbewegung werde.

Der Kaufmann Broll, der mit einer Baffe in der Hand in Berlin im Balais des Reichspräsidenten angetroffen worden war, und deshalb sich heute, Donnerstag, vor dem Schnellrichter zu verantworten hatte, wurde lediglich wegen Bergehens gegen das Baffengesetz zu sechs Bochen Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte unter Zubilligung mildernder Umstände zwei Monate drei Bochen Gefängnis beantragt.

Das Prenzlauer Schwurgericht fällte in dem Eisenbahnattentatsprozest gegen den Arbeiter Ernst Labewig aus Berlin folgendes Urteil: Der Angeflagte wird wegen vorsäßlicher Transportgefährdung in Tateinheit mit bersuchtem Mord zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt.

Bie die Biener Blätter melden, hat ein Biener namens Josef Eschner eine in jeden Fallschirm leicht einzubauende Borrichtung erfunden, die das unbedingte Offnen des Schirmes schon wenige Meter nach dem Absprung gewährleistet. Eschner führte das Modell vor Vertretern des Deeresministeriums und des Arosluds im Zirfus Renz vor. Die Versuche glüdten ohne Ausnahme.

Drei englische Dampfer sind im Schwarzen Meer unmittelbar am Eingang des Bosporus, gestrandet. Die Besatung des einen ist bereits in Sicherheit. Die Mettungsversuche gestalten sich schwierig wegen des hohen Seegangs.

Aus bem Reichstag

Die Fortfetjung ber Agrarbebatte

Bu Beginn der Mittwochsitzung verlangten die Kommunisten die sofortige Zurückziehung der gegen die Roten eingesetzte Polizei und die Enthebung des Berliner Polizeipräsidenten vom Amte. Der sofortigen Beratung des Antrages wurde widersprochen.

Bei Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums sprachen die Abgeordneten Benten (E.-S.), Dr. Fehr (Bahr. Bauernbb.), Frehbe und Meher zu Belm (D. Bp.) dem Minister das Vertrauen ihrer Fraktionen aus. Das Agrarprogramm der Regierung fand, unbeschadet seiner Ausstellungen an Einzelheiten, die Zustimmung dieser Parteien, denen sich auch der Abg. Sillebrand von der Deutschen Bauernpartei anschloß, der der staatsparteilichen Fraktion als Hospitant angehört.

Rach einer starken Angriffsrede des Kommunisten bernle begann die zweite Rednerreihe.

Die Aussprache foll am heutigen Donnerstag fortgefest mer-

Die heutige Reichstagssitzung begann bereits um 12 Uhr mittags. Es ist heute die Bertagung auf mehrere Tage geplant.

Bor Eintritt in die Tagesordnung verlangten die Kommunisten die sofortige Beratung eines Antrags, der sich gegen Lohn- und Gehaltsabbaumagnahmen in den Duisburger Stahlwerken richtet. Der Antrag wurde ohne Debatte dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums wurde fortgesett. Dabei trat Abg. Dr. Beber (Staatsp.) für die agrarpolitischen Anträge seiner Fraktion ein und betonte, daß die Rettung der Landwirtschaft auch möglich sei, ohne daß die bewährten Bahnen der bisherigen Handelsvertragspolitik verlassen werden.

Haushalisausichus und Bülow-Bild

Im Haushaltsausschuß des Reichstags kam es zu einer heftigen Auseinandersehung über das Bild des früheren Reichskanzlers von Bülow, das im Meichsratszimmer als Erinnerung an die Dienstzeit Bülows angebracht ist. Seitens der Christlich-Nationalen Arbeitsgemeinschaft war ein Antrag eingegangen, dieses Bild zu entsernen, weil Bülow durch seine "Frimerungen" sich als ein Charatter von solcher Peinlichteit erwiesen habe, daß man sich im Interesse Deutschlands eines solchen Ganzlers nur schwen können

eines solchen Kanzlers nur schamen könne.

Bon den Deutschnationalen dis zu den Sozialdemokraten fand der Antrag Unterstützung, doch konnte man sich zu einer Entsernung des Bildes noch nicht entschließen. Bon einem Abgeordneten wurde im Berfolg der Auseinandersetzungen darauf hingewiesen, daß der Hauseinandersetzungen darauf hingewiesen, daß der Hauseinandersetzungen rusen sei, die Frage der moralischen Bürdigung geschicklicher Bersönlichkeiten zu prüfen. Man käme dabei nur zu der Konzsequenz, in ein Gericht über sämtliche Persönlichkeiten einzutzeten, deren Bilder im Neichstag und anderen öffentlichen Gebäuden hängen. Man einigte sich schließlich dahingehend, die Frage vorläusig zurückzustellen, da Herr von Bülow 1913 dem Neichstag ein Lendach-Bild mit der Bestimmung vermacht hat, daß das im Keichstag hängende der Universität Königsberg überwiesen werden soll.

Genfer Bollfrieden wird ratifigiert

Der Reichswirtschafts- und der Reichsfinanzminister haben bem Reichstag jest den Gesehentwurf zugeleitet, der die Zuftimmung zum Genfer Sanbelsabkommen bom 24. März 1930

Rach der dem Abkommen beigegebenen Begründung kommt bon den Berpflichtungen, die Teutschland zu übernehmen hat, die größte Tragweite dem Berzicht auf die Kündigung der mit den anderen Teilnehmerstaaten abgeschlossenen Sandelsverträge zu. Richt ausgeschlossen ist die Anderung bestehender vertraglicher Abreden im Wege der Vereinbarung, allerdings vorbehaltlich des Kündigungsrechtes betroffener dritter Staaten. Die weitere Verpflichtung, Jollerhöhungen den Teilnehmerstaaten vor ihrer Inkraftsehung anzuzeigen und sich auf Verhandlungen über eine gütliche Verständigung einzulassen, kann, wie in der Begründung hervorgehoben wird, zu Unzuträglichkeiten kaum Anlas geben, da jeder Staat in von ihm als dringend angesehenen Fällen berechtigt ist, von einer Voranzeige abzusehen mit der Folge, das auch die Verhandlungspflicht entfällt.

Das neue Baffengefet

Reichsminister Dr. Wirth hat den Entwurf eines neuen Gesetzes wegen Baffenmistranchs nach Zustimmung bes Reichsrates dem Reichstag zur Beschluftassung zugehen lassen.

Das Geselh bestraft das Führen von Sied-, Stoß- oder Stichwaffen außerhalb der Bohnung mit Gefängnisstrafe dis zu einem Jahr und Geldstrafe. Ferner wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft, wer "gemeinsam mit anderen zu politischen Zwaschen außerhicken Orten erscheint und dabei dewaffnet ist".

Das Geseth gibt im wesentlichen die Bestimmungen wieder, die in der Notverordnung des Reichspräsidenten über Baffenmisbrauch enthalten sind.

Regelmäßiger Flugverkehr von China nach Deutschland?

WTB. London, 26. Febr. (Tel.) "Times" meldet aus Schanghai: Eine Gruppe Flugzeugführer und Mechanifer ist mit zwei Flugzeugen der Lufthansa fürzlich aus Deutschland hier eingetroffen und wird binnen weniger Tage bereit sein, einen Probessus von Schanghai nach dem an der chinesisch-sibirischen Grenze liegenden Ort Mandschuli zu unternehmen. Dies, hofft man, wird der erste Schritt eines regelmäßigen Flugzeugdienstes nach Berlin sein. Alle 14 Tage soll dann ein Flugzeug abgehen, das von Mandschuli längs der sibirischen Bahn fliegen würde.

Der Reichspräfibent empfing heute, Donnerstag, ben neuernannten beutschen Gesandten in Barichau, von Molife.

Reichshaushaltausschuß und Remarque-Hilm. Im Haushaltsausschuß des Neichstags hatte dieser Tage die sozialdemotratische Neichstagsfraktion gegen einen kommunistischen Antrag, der von dem Neichsminister des Innern die sosorige Ausbedung des Berbots des Remarque-Films fordert, gestimmt. Die Sozialdemokratie hat, wie sie dazu mitkeilt, diesen Antrag abgelehnt, weil er sinnlos ist. Das Berbot des Nemarque-Films beruht auf einem Urteil der Filmoberprüfstelle, das von einem Minister so wenig ausgehoden werden kann, wie ein anderes Gerichtsurteil. Die sozialdemokratische Politik ist auf die Beränderung des Lichtspielgesess in einer Form gerichtet, die es ermöglicht, daß der Remarque-Film wenigstens für Vorstellungen in geschlossenem Kreise erlaubt wird.

Oberleutnant Biebig von der Kavallerieschule Sannover wurde vom 1. März 1981 an auf die Dauer von vier Monaten zur spanischen Koitschule in Wien kommandiert.

Aus den Ländern

Der württembergische Staatspräsident und der Zustizminister gegen den Nationalsozialismus

BIB. Stuttgart, 26. Jebr. (Tel.) Am Mittwochabend sprachen ber württembergische Staatspräsident Dr. Bols und der Justigminister Dr. Beherle vor der fatholischen Studentenschaft über den Kationalsozialismus. Dr. Bols lobte den Bunsch des Nationalsozialismus, das Nationalgefühl stärfen zu wollen. Es werde aber in falsche Bahnen gelenst. Noch sein Rationalsozialist habe den Beg gewiesen, wie der Bersailler Bertrag beseitigt werden könne. Es bleibe also nach seiner Auffassung nur der Berhandlungsweg. In der Innenpolitissieht Dr. Bolz die Ziele der Nationalsozialisten als verdängnischoll an. Das dritte Reich, eine Kopie Mussolinis, bedeutet nach seiner Auffassung bestimmt den Bürgertrieg. Die freien Gewerkschaften und die wohlorganisierten Arbeitermassen sind nach Dr. Bolz Aufgabe einer besonnenen Politis der Mitte sein, ausgleichend zwischen beiden radikalen Flügeln zu wirsten.

Dr. Beherle, der württembergische Justigminister, beschäftigte sich besonders mit dem kulturpolitischen Programm der Nationalsozialisten, in dem er einen Widerspruch zu den christlichen Sittengesehen und den katholischen Dogmen sieht. Zur überwindung des Bolschewismus ist nach seiner Ansich der Nationalsozialismus das ungeeigneiste Mittel, da die Radikalisterung der Gesinnung zu einem Umichlag in andere Extreme geradezu prädestiniere. Die Kraft der Mitte müsse dom Zentrum und dem neu aufsommenden Christlichen Bolssdienstausgehen, denen die Zukunft gehöre. Reichsbanner und andere politische Organisationen seien nicht geeignet, als Machtenittel des Staates berwendet zu werden.

Der württembergische Staatspräsident über die politischen Ausschreitungen

In der württembergischen Landtagssitzung am Mittwoch, der auch einige verbundene Reichsbannerleute beiwohnten, die bei dem Zusammenstoß mit den Nationalsozialisten in der Daupistätterstraße Verletzungen davongetragen hatten, erklärte Staatspräsident Dr. Volz in der allgemeinen Aussprache zum Etat, er habe volles Verständnis dassütz, wenn dei der Bedölzerung im Hindlick auf die Borgänge der letzten Zeit Vesorgnisse wegen der Sicherheit bestehen. Der Staat sei zewar genügend gerüstet und könne die Lage meistern, aber im Hindlick auf die Häufung von Ausschreitungen trage er sich ernsthaft mit dem Gedanken eines Verbots von Umzügen und Verstammlungen unter freiem himmel. So könne es nicht weitergeben. Eine Unsitzte sei das geschlossene Anmarschieren in Unisorm. Ein Verbot der Organisationen und der Unisorm sollte indessen einheitlich vom Reich, nicht von den Ländern, ausgehen. Ein allgemeines Versammlungsverbot wäre nicht klug, denn die Gärung brauche die Möglichkeit, sich Luft zu verschaffen.

Justizminister Dr. Beherle wandte sich gegen die Behauptung, daß der praktische Arzt Dr. Bolf aus politischen Gründen verhaftet worden sei. Die Versuche, mit Demonstrationen, Straßenumzügen, Telegrammen an das Justizministerium auf das Versahren einwirken zu wollen, weise er zurück. Solange der § 218 des Straßgesethuches besteht, sei der Fall Bolf ein rein juristischer, aber kein politischer. Auch für die Entlassung Bolfs aus der Untersuchungshaft gegen Kaution seine rein juristische und nicht politische Gründe maßgebend geweien.

Thüringische Ministergehälter vom Ausschuß gekürzt. Im Saushaltsausschuß des Thüringischen Landtages wurde ein nationalsozialistischer Antrag, das Gehalt der Minister von 16 000 auf 12 000 herabzuschen, mit den Stimmen der Nationalsozialisten dei Enthaltung aller übrigen Parteien angenommen. Der Regierungsbertreter stellte fest, daß diese Gehaltskürzung sich nicht auf die derzeitigen Minister auswirke, sondern auf künftige. Ein kommunistischer Antrag, das Ministergehalt auf 6000 RM im Jahre heradzuschen, wurde abgelehnt. Der Untrag, die Aufwandtsentschädigung der Minister, die im Jahre 2000 RM beträgt, zu streichen, wurde von sämtlichen Regierungsparteien abgelehnt.

Kein bürgerlicher Senat in Bremen. Die seit den letzten Bürgertagswahlen in Bremen geführten Berhandlungen über eine Ersetung des diesjährigen Senats der Großen Koalition durch emen rem dürgerlich zusammengesetzen Senat, bestehend aus Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Bolksparteilern, Hausbesitzern und dem überparteilichen Bürgermeister, sind gescheitert, nachdem die Bolkspartei erflärte, das ihr eine solche Mehrheit, da sie nur aus einer Stimme bestehen würde, nicht tragfähig erscheine.

Der Etai bes französischen Kriegsminsteriums

Eine Nachtsitzung der Rammer

BIB. Baris, 26. Febr. (Tel.) Die Kammer hat in einer Nachtsitzung das Budget des Kriegsministeriums völlig verabschiedet und berät im weiteren Berlaufe der Nachtsitzung, die nach 3.80 Uhr (französische Zeit) noch immer andanert, über

die Kredite für die überseeischen Bestigungen. Während der Beratung des Budgets des Kriegsministeriums stellten kurz nach Mitternacht die Sozialisten den Antrag auf Bertagung der Beratungen auf heute vormittag. Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung, die eine Stunde in Anspruch nahm, mit 200 gegen 102 Stimmen abgelehnt, nachdem sich Ministerpräsident Lavale in entschiedener Beise gegen die sozialistischerzeits beantragte Unterbrechung der Budgetberatung ausgesprochen und die Wehrheit der Kammer aufgesordert hatte, der Regierung alle zulässigen Wittel der Geschäftsordnung an die Hand zu geben und die Beratung fortzusehen.

Die Sozialisten brachten eine Interpellation betr. den Schutz ber Sparer ein, um einen neuen Finansstandal aufzudeten. Ein Bantier soll aus seinem Industrieunternehmen,
das einen Bert von eineinhalb bis zwei Willionen Franken
barstelle, durch Börsenspekulationen und unerlaubte Operationen 120 Mill. Gewinn gezogen, und ein anderer Bankier
soll die Sparer um 300 Mill: betrogen haben.

Eine polnische Note in Mostan überreicht

BIB. Baridau, 26. Febr. Die polnische Telegraphenagentur meldet, die polnische Gesandtschaft in Mostan hat gestern der Sowjetregierung eine aussührliche Rote der polnischen Regierung überreicht. Diese Note steht im Zusantmenhang mit der Berhaftung eines unbekannten Mannes, in den Käumen der polnischen Gesandtschaft in Mostan, der sich als Briefträger vorgestellt hatte. Bei dem Undekannten wurden Kupons der Genossenschaft der G.K.U.-Beamten vorgesunden; er hatte versucht, in das Kadinett des augenblidlich von Mostan adweienden polnischen Gesandten, Katet, einzubrechen. Die polnische Rote enthält eine aussührliche Darstellung dieses Zwischenfalles. Sie fordert ausreichende Aufflärung desselben, serner eine Genugtuung sowie Zusicherung, daß derartige Vortommnisse in Zusunft unmöglich gemacht werden.

Badischer Teil

Badischer Landiag

(25. Gipung)

DB. Rarleruhe, 26. Febr. 1931. Un Stelle des erfrantten Brafibenten Duffner eröffnet Erfter Bigeprafibent Maier furg nach 9 Uhr die Sibung.

Eingegangen ift die Rovelle jum Spartaffengefen, Gerner liegen folgende Eingaben vor: des Landesverbandes bad. Riefer- und Küblerinnungen zur Beschäftigung der Gefangenen im Landesgefängnis Freiburg mit Maschinen, endlich des Oberrats der Fraeliten Badens und der Fraelitischen Reli-gionsgesellschaft Karlsruhe betr. das Schächten der Schlacht-tiere.

Bunächft tommen

Rurge Anfragen

gur Erledigung.

us

pra.

fein

iller

litik

utet rien

vir-

iate

fie-

me

enft

cht=

en

der

öl=

ae=

eft-

er: er.

dit

·p=

Ilin

en

Abg. Dr. Schmitthenner (D. Ratl.) municht Ausfunft über bie fünftigen

Rontorbateverträge.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts antwortet: Die Grundzüge der Berträge mit der katholischen und eban-gelischen Kirche sind sertiggestellt und werden als Unterlage für die kommenden Berhandlungen dienen. Über die end-gültige Gestaltung der Berträge kann nichts gesagt werden, bevor die Borlagen an den Landtag gegangen find.

Ginige Beiterteit lofte die Rurge Unfrage bes Abg. Schmidt-Bretten über stundenlange Versperrung der Sporgasse in Bretten durch Lastautos des dortigen Konsumbereins, wodurch die Marktbesucher schweren Schaden litten.

In feiner Antwort erinnerte ber Minifter bes Innern an bie schwierigen Bertehrsberhältnisse. Daß Bürgermeister und Bezirksamt in irgendeiner Beise pflichtwidrig gehandelt hatten, sei entschieden zuruchzuweisen.

Griter Buntt ber Tagesordnung ift die Beratung des Gefegentwurfs über die

Alenderung des Polizeiftrafgesethuches

Darüber berichtet der Zentrumsabgeordnete Dr. Hoffmann. Er verbreitet sich eingehend über die gesamte Materie des Polizeiftrafrechts und kommt dann auf die Vorlage selbst zu sprechen, bei deren Borgeschichte das Uniformverbot und die hierzu getroffene Entscheidung des Babischen Berwaltungsgerichtshofs eine wesentliche Rolle spielen.

Im Rechtspflegeausschuß haben die Baragraphen 29 und 80 des Bolizeistrafgesethuchs eine neue Fassung erhalten, wo-burch der Exetutive eine erweiterte Grundlage für das Eindreiten bei Berftogen gegen bie öffentliche Giderheit unb

Der Berichterftatter empfiehlt die Annahme ber Rovelle. Wir geben der Bollftändigkeit halber ben Gefekentwurf, jo wie er aus dem Ausschuß hervorgegangen ift, im Bortlaut wieder:

Artitel I: Der § 29 bes Polizeiftrafgesetbuchs erhält nach-

stehende Fassung.
Kehende Fassung von Bortommnissen, welche die Sicherheit ber Kersonen und des Eigentums oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedrohen, bleibt den staatlichen Berwaltungsbehörden vorbehalten, vorübergehende Anordnungen anter Strafandrohung (Haft dis zu 6 Wochen oder Geldstrafe dis zu 150 RM) oder auch ohne Strafandrohung zu treffen.
Solche Anordnungen verlieren nach Ablauf von vier Wochen ihre Wirksmeil istern sie nicht durch das Ministerium

chen ihre Birtfamfeit, fofern fie nicht durch das Ministerium bes Innern ergangen find ober bei fortdauerndem Grund gu ber Anordnung durch bas Minifterium des Innern berlan-

Artitel II: In § 30 Absat 2 des Polizeistrafgesethuchs ift ach "Anordnungen dieser Art" in Beistrichen einzufügen: "die auch als allgemeine Anordnungen für einen Einzelfall

erachen fonnen" Artitel III: Diefes Gefet tritt mit dem Tage nach ber Berfündung in Rraft.

In ber

Musiprache

Abg. Dr. Leers (Staatsp.). Das Urteil des Berwaltungs-gerichts, fo führt er auß, sei nicht der Grund, sondern der Anlah dieses Gesetzes gewesen. Es sei ein Schrift weiter in der Entwidlung des Nechts. Die Grundlagen des Gesetzes seien liberale. Das Berordnungsrecht mußte notwendig er-weitert werden. In nicht zu ferner Zeit wird eine gründliche Umarbeitung des Vollzeistrasgesehnungs vorgenommen werden muffen, um ein glattes, klares Polizeirecht zu schaffen. Es wäre nu munichen, daß wir uns dabei dem preußischen nähern. Recht bedenklich sindet es der Redner, daß in diesem Augenblid die Neuerung eingeführt werden soll, Bolizeiverordnungen auch ohne Strafandrohung zu erlassen. Dadurch würde die Nechtssicherheit beeinträchtigt; es müßte nach wie bor möglich sein, Polizeimaßnahmen der richterkichen Nachprüfung zu

Abg. Schmibt-Bretten (Birtich, u. Bauernp.) wendet fich gleichfalls gegen ben neuen § 29, ber die Rechtsgarantien beseitigen wolle indem er Berordnungen ohne Strafandrohung zuläft. Man musse sich vor Bolizeiwillfür schüten können. Redner stimmt dem staatsparteilichen Antrag zu, wonach Anordnungen nach § 29 nur unter Strafandrohung erlaffen wer-

Abg. Ewald (Ev. Bolfsd.) begrüßt es, daß die Regierung die Generalkaufel gurückezogen hat. Das Urteil des Ber-waltungsgerichts habe das eine Gute gehabt, daß das Uni-formtragen allgemein verboten wurde. Wir wollen keine Uniformen, weil wir Rataftrophenpolitif und Burgerfrieg ber-

meiden wollen.
Abg. Bagner (Nat.-Soz.) meint, es wäre wichtiger, sich um das Recht zu kümmern, das mit uns geboren sei. Es handle sich bei der gegenwärtigen Borlage nicht um die Fortentwicklung des Polizeirechts, sondern um eine Aftion gegen die nationalsozialistische Bewegung. Wan möge endlich einmal das Berbotsmaterial des Ministers kennen lernen. In Baden sei die öffentliche Auhe und Sicherheit keinessalls durch die Nationalsozialisten gefährdet worden. (Die Darlegungen des Kendners werden häusig von lebhaften Zwischenrufen begleitet.) Auch das neue Berbot, so fährt der Redner sort, bedeute einen Berstoß gegen die Versassung und gegen deren Geist (Widerspruch). Den Gesehentwurf lehnen die Nationalsozialisten ab.

Abg. Boning (Romm. B.) befampft ben "Paragraphenwalb" und sagt, die Abanderung des Polizeistrafrechts bedeute eine Verschärfung der Mahnahmen gegen die Arbeiterklasse. Abg. Dr. Brühler (D.-Ratl.) führt aus, es falle auf; daß daß Polizeirecht in den Ländern gerade jeht hochentwidelt werde.

Das muffe die nationale Opposition migtrauisch machen. Sie (zur Mehrheit) stehen im Begriff, den Bolizeistaat zu errichten, Bir auf der Rechten verteidigen den Staat der Freiheit. (Ohorufe und Lachen.) Das System, mit dem man am Ende sei, wolle man mit Polizeimagnahmen, auch ben fleinlichften, flüten. (Erneute lebhafte Burnfe.)

Staatsprafibent und Minifter bes Innern Bittemann

erklart sein Einverständnis mit der Borlage, wie sie vom Aussichus beschlossen wurde. Es entspreche dem Zuge der Zeit, nicht überall gleich zu strasen. Der § 29 bedeute also einen Fortschritt. Das Gesetz richtet sich durchaus nicht, wie der Abg. Böning meinte, gegen die Erwerdslosen. Der Grund liegt darin, daß das Polizeistrassecht auf der Basis der Rechtspreschuse, beit werden soll

darin, daß das Bolizeistrafrecht auf der Basis der Mechtspre-chung umgeändert werden soll.

Auf Zuruse der Nationalsozialisten sagt der Minister: Ob das Unisormverbot ausgehoben wird, hängt von Ihnen ab. Wenn Sie brad sind, tann man darüber reden. (Große Heiter-feit.) Bom Bolizeistrafrecht haben Sie teine Ahnung. Sie be-rusen sich immer auf die Berfassung, sind aber ihre schlechtesten Stützen. Meine Anordnung habe ich begründet und ich begnüge mich damit. Sie sind einmal gegen das heute Shstem, und dagegen gibt es kein Aberzeugungsmittel. Ich lehne es daber ab, mich mit Ihnen in dergetige Unterbaltungen einzulassen.

ab, mich mit Ihnen in derartige Unterhaltungen einzulassen. An meiner Stellung zur Entscheidung des Berwaltungsserichtshofes hat sich nichts geändert. Ich bitte, der Vorlage augustimmen. (Beisall bei der Wehrheit.)

Abg. Bauer (D. Bp.) entgegnet, das Urteil des Verwaltungs-gerichtshofes hatte nach den Auslassungen von Antoritäten wie Brof. Anschütz und Geheimrat Dr. Glodner gar nicht anders ausfallen tonnen. Die große Scharfe in der Stellungnahme des Staatspräsidenten sei ihm, dem Redner, unverständlich. Was die Gesetsesvorlage betrifft, so habe diese ihr Gesicht gewaltig verändert. Sie sei für weite Kreise jeht durchaus tragbar, besonders, nachdem § 21 (Generaldelegation) gefallen sei. Trois mancher Bedenken werde die volksparteiliche Fraktion der Korlage zustimmen Borlage zustimmen.

Rach einem furzen Schluftwort des Berichterstatters und per-fönlichen Bemerkungen der Abg. Dr. Leers (Staatsp.) und Dr. Brühler (D.-Ratl.) erfolgt die

Abftimmung.

Der staatsparteiliche Antrag wird abgelehnt und der Gesetzentwurf in erster und zweiter Lesung mit allen gegen 14 Stimmen (Nationalsozialisten, Deutschnationale, Kommunisten und Schmidt-Bretten bon der Bauernpartei) angenommen. Ferner wird die Dringlichfeitserklärung beichloffen.

Nächste Sitzung nachmittag 1/24 Uhr.

Schluß gegen 1 Uhr.

Die Ablevplakette für Gebeimrai Dr. Aschoff

Der Borstand des Deutschen Reichsausschusses für Leibes-übungen hat auf Anregung des badischen Mitgliedes, Ober-regierungsrat Brogmer, einstimmig beschlossen, Gern Geregierungstat Brogmer, einstimmig beschlossen, Hern Ge-heimrat Professor Dr. Aschoff in Freiburg, für seine großen Berdienste auf dem Gebiet der Leibesübungen die Abler-plakette zu verleihen. Alle Badener werden sich sicherlich mit herrn Geheimrat Dr. Afchoff über diese feltene Auszeichnung

Land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeberverband

In Karlsruhe wurde am Mittwoch im Colosseum die dies-jährige, zahlreich besuchte ordentliche Mitgliederbersammlung des Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberberdendes un-ter dem 1. Borsitzenden, Dr. von Wogan, abgehalten. Geschäftsführer Dr. Schend erstattete den Geschäfts- und Rechenschaftsbericht. Längere Erörterungen knüpften sich an

Rechenschaftsbericht. Längere Erörterungen knüpften sich an die Frage der Kontingentierung der ausländischen landwirtschaftlichen Wanderarbeiter für 1931 und deren Ersat durch deutschen Wahren wurde der Befürchtung Ausdruck verliehen, daß die dringend benötigten kländigen und den Aufgaben des Zuckernübenbaues gewachsenen landwirtschaftlichen Arbeiter nicht aus dem Heere der inländischen Arbeitslosen gewonnen werden können. Es bestehe die Gesahr, daß der eine oder andere landwirtschaftliche Betrieb durch die Hoprozentige Reduzierung des Ausländerkontingentes gezwungen wird, von der bisherigen intensiben dur extensiven Mirtschaftsweise überzugehen.

Lebhaft gestaltete sich die Aussprache auch über die Lohn-

ur extensiven Wirtgafisweise uverzugehen. Lebhaft gestaltete sich die Aussprache auch über die Lohn-und Manteltarisvertragsfrage. Schliehlich wurde die durch einen Schiedsspruch settgelegte Abanderung des Manteltaris-vertrages angenommen, dagegen die gleichfalls durch Schieds-spruch seitgesette Lohnregelung für diese Jahr abgelehnt. Es solgte ein hochinteressanten Vertrag des Vros. Dr.-Ing.

Fifder von der württembergifchen Landesanftalt für landwirtschaftliches Waschinenwesen in Hohenheim, der in Astündigen Ausführungen, belebt durch sehr gute Lichtbilder, über die neuesten landwirtschaftlichen Naschinen sprach und zeigte, wie durch vermehrte Unwendung von Landmaschinen auch in der deutschen Landwirtschaft die Produktionskoften herabgedrückt werden könnten. Gewiß, in dem Maße, wie in Norddeutschland bei ben ebengelegenen großen Gutern, fei die Bermendung von Maschinen in der badischen Landwirtschaft nicht glich, immerhin aber ihre Berwendbarkeit in größerem Umfange wie bisher.

Aus der badischen Industrie

In ber Berufunglinftang abgewiefen. Bie bie Mannheimer "Bolfsftimme" meldet, hat die Firma Lang gegen den Dentiden Metallarbeiterverband eine einftweilige Berfügung beim Arbeitsgericht beantragt, wonach der Organisation jede Unter-ftützung der Belegschaft in ihrer passiven Resistenz untersagt werden follte. Das Arbeitsgericht hatte diesem Antrag nicht stattgegeben, und jeht hat die Berufungsinstanz, das Landes-arbeitsgericht, die Rechtsbeschwerde der Firma gegen das Urteil bes Arbeitsgerichts ebenfalls abgewiesen. deren Seite hat nun die Mannheimer Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes beim Arbeitsgericht Klage gegen den Verhand der Maunheimer Metallinduftriellen ein-gereicht. Es handelt sich um eine Feststellungslage, wobei festgeftellt werden foll, daß das Borgeben der Firma einen Tarifbruch darftelle.

Bum Schiedsfpruch für bie babifche Textilinbuftrie. Der am Dienstag gefällte Schiedsfpruch in der babifchen Textilindustrie wurde, wie von Arbeitnehmerseite mitgeteilt wird, gegen die Arbeitnehmerstimmen mit den Stimmen der Ar-beitgeber gesaft. Der Schiedsspruch hat folgenden Inhalt: 1. Die Afford- und Zeitlöhne bes Lohntarifs bom 14. November 1927 werden mit Wirfung bon der Lohnperiode, in die ber 1. März fällt, um 5 Broz. gefürzt. 2. Im übrigen bleibt es bei ben Bestimmungen des Lohntarifs bom 14. November 1927 mit bem Bufat: 8. Bei Rachtschichtarbeit wird eine Bergutung gewährt a) für die Zeit von 20 bis 22 Uhr von 5 Brog. für die Stunde, b) für die Zeit nach 22 bis 6 Uhr 10 Broz. für die Stunde. 4. Dieser Taxif ist mit vierwöchentlicher Frist auf Ende des Monats, erstmals auf 30. September 1931, fündbar. 5. Die Albtalzulage wird von der gleichen Lohnperiode wie in Ziffer 1 ab 1. März um 1 Age, vom 1. Juli 1931 ab um weitere 2 Age, und der Reft am 1. September 1936 abgebaut. Erklärungsfrist dis 3. März, mittags 12 Uhr.

Mus ber Bigarreninbuftrie. Die Stumpenfabrit Beit & Co. in Schopstein wird voraussichtlich in der nächsten Boche ihren Betrieb teilweise wieder aufnehmen. Das bedeutet eine erfreuliche Entlastung des Schopsteimer Arbeitsmarktes. — Die Bigarrenfabrik Obenheimer in Endingen hat mit etwa der Hälfte der bisherigen Belegschaft zu Beginn der Boche die Arbeit wieder aufgenommen. — In Basshurft (Amt Buhl) hat die dortige Bigarrenfabrik ihren Betrieb wieder aufgenommen. Das Hauptgeschäft der Firma Franz Kraber bestindt sich in Offenburg findet fich in Offenburg.

Der kommunistische "Weltarbeitslosentag" in Baden

Much in Baben tam es am Mittwoch zu tommunistischen Rundgebungen anläglich bes "Beltarbeitslosentages".

In Mannheim hatte der kommunistischentages".
In Mannheim hatte der kommunistische Erwerdslosenausschuß für nachmittags 4 Uhr im Saale des alten Mannheimer Rathauses eine Bersammlung einberusen. Vor Beginn und nach Schluß derselben kam es zu leichteren Zusammenstößen mit der Polizei, die einige Male mit dem Gummiknüppel dorzehen mußte. Die Erwerdslosen hatten Sprechchöre gebildet. Die Polizei mußte einige Personen sestnehmen, besonders wegen unbefugten Waffentragens.

In Beibelberg verlief, wie von der Polizei mitgeteilt wird, entgegen anderslautenden Weldungen der Mittwoch ziemlich rubig. Gegen 4 Uhr nachmittags hatten sich ca. 100 Personen au der vorgesehenen Demonstration angesammeit. Als die Po-lizei einschritt, zerstreuten sich die Ansammlungen. Im Laufe des Rachmittags kam es dann an verschiedenen Plätzen der Schabt zu Jusammenrottungen, so auch am Markfplat. Die Polizei konnte auch hier ohne Schwierigkeiten und ohne bom dem Eummiknüppel Gebrauch zu machen, die Ansammlungen zerstreuen. Lediglich am Bismarchlat kam es zu einer kleinen Reiberei zwischen Polizei und Kommunisten, der jedoch keine ernte Kedentung zukam ernfte Bedeutung gufam.

In Rarlsruhe berfuchten im Laufe bes Abends die Rommunisten — eiwa 400 Personen —, entgegen dem Berbot, sich zu Umzügen, besonders in der Altstadt, zu sormieren, wurden aber von der Polizei stets daran gehindert. Der kommunistische Landtagsabgeordneie Böning wurde sestgenommen, weil er trop Aufforderung gur Rube immer wieder gu Anfammlungen aufreigte, aber noch am Abend wieder auf freien Fuß gefeht. Die Kommunisten zogen fich bann in Lotale gurud,

gesetzt. Die Kommunisten zogen sich dann in Lotale zurück, so daß später Ruhe herrschte.

Kurz nach 2 Uhr nachts mußten zwei Polizeibeamte in der Kriegsstraße am "Kühlen Krug" gegen einige Ruhestörer einschreiten. Fünf Personen wurden als Täter gestellt. Da sie sich nicht ausweisen konnten, sollten sie setzgenommen werden. Sie gingen jedoch sofort zum Angriff auf die Polizeibeamten über. Einer der Beamten erhielt mit einem hareten Gegenstand, vermutlich einem Gummisnüppel, einem Schlag über dem Lenn kan ber Kollse eine Faustten Gegenstand, bermutlich einem Gummiknüppel, einen Schlag über den Kopf, so daß er an der Schläse eine faustgroße Beule davontrug. Der andere Beamte wurde mit einem ofsenen Messer angegriffen, so daß er zur Abwehr von seinem Säbel Gebrauch machen muste. Da der Täter seinem Genossen zurief, er solle seinen Kevolver ziehen und dieser auch eine entsprechende Bewegung nach der Tasche machte, gab einer der Beamten einen Schreckschuß ab. Sosort ergriffen die Täter in Richtung Grünwinkel die Flucht. Die Beamten nahmen mittels eines Krastwagens die Berfolgung auf und kommten noch zwei der Täter seishen. Diese wurden inst Gefänanis eingeliefert; die Ramen der anderen Täter sind Gefängnis eingeliefert; die Namen der anderen Täter sind bekannt. Es stellte sich heraus, daß es sich um Mitglieder der Kommunistischen Bartei handelte, die bis zur Polizeistunde in einem Lokal in der Altstadt gezecht hatten.

In Freiburg versuchten die Rommuniften, bis in die fpaten Rachtstunden zu demonstrieren, wurden jedoch dauernd von der Polizei, teilweise unter Zuhilfenahme des Gummiknüppels, zerstreut, um immer wieder erneut aufzutauchen. Bis gegen 12 Uhr nachts wurden etwa 40 Berjonen festgenommen. Rach Mitternacht war die Ruhe in Freiburg völlig wiederhergestellt. Unter den 40 Berhafteten befinden sich auch einige der Ra-tionalsosialistischen Bartei angehörende Personen, die anscheinend glaubten, daß die Krawalle sich lediglich gegen die Polizeitrichten, und daher auch gegen Mitternacht zu randalieren begannen. Die eigentlichen Demonstrationsversuche gingen jedoch lediglich von linksgerichteten Erwerbslosen und Koms muniften aus. Wie bon ber Boligeidireftion mitgeteilt mird. planten die Rommunisten für die frühen Morgenstunden bes Donnerstag weitere Demonstrationen, weshalb bie Boligei in Alarmbereitschaft blieb, um berartige Bersuche jofort im Reime erftiden gu fonnen.

Auch aus den übrigen oberbadischen Orten, so aus Schopf-heim, Lörrach und Waldshut, werden kommunistische Demon-strationsversuche gemeldet. An der deutsch-schweizerischen Grenze wurde eine verschärfte Grenzkontrolle ausgeübt.

Gemeinderundschau

Bürgermeifterwahlen. In Bell a. S. ift die Bürgermeifterwahl auch im britten Bahlgang ergebnislos verlaufen. Es wird nun bom Staat ein fommiffarischer Bürgermeister be-stellt werden. — Der Bezirksrat Seibelberg verwarf den Ginspruch der sogialdemokratischen Rathausfrattion Rublod gegen die dortige Bürgermeisterwahl. Der Beschwerbesührer hatte gegen die Bahl eingewendet, daß das Bahlgebeimnis verlett worden war. Nachdem Mitglieder des Gemeinderats und des Bahlausichuffes gehört worden waren, wurde die Bahl von Burgermeifter Baus, der dem Evangelifden Bolfsbienft an-

Die Barmehallen Mannheims wurden im Berlaufe bon feche Wochen von über 32 000 Personen besucht, an die in über 45 000 Portionen insgesamt etwa 10 000 Liter Tee ausgeschenkt worden

Landtagsabgeordneter Sofheins jum Stadtoberichulent er-nannt. Wie wir erfahren, ift Landtagsabgeordneter Sofheing, der Obmann des Babifchen Lehrervereins, jum Stadtoberichulrat in Beibelberg ernannt worden.

Erhöhung der Umlage in Rastatt abgelehnt. Bur teilweisen Dedung des Defizits der Stadtlasse Rastatt im laufenden Rechnungsjahr 1930/31 wurde die Erhöhung der Hundertielle der Steuergrundbeträge von 200 auf 280 beantragt. Diefe Erhöhung wurde einen Mehrbetrag von etwa 71 000 RN ergeben. Der Antrag wurde abgelehnt. Es muß baher an ben Landeskommissär berichtet werben.

Sandel und Wietschaft

Berliner Devifennotierungen

tight will talked the	26. Februar		25. Februar	
CONTRACT THE PARTY	Gelb	Briet	Geld	Brief
Umiterbam 100 G.	168.61	1 168.96	168.58	16.892
Ropenhagen 100 Ar.	112.44	112.66	112.61	112.62
Stalien 100 2.	22.005	22.045	21.995	22.035
London 1 Bfd.	20.42	20.46	20.416	20.456
New York 1 D.	4.2040	4.2120	4.2029	4.2100
Baris 100 Fr.	16.469	16.509	16.465	16.505
Schweig 100 fr.	80.90	81.14	80.97	81.13
Wien 100 Schilling	59 075	59.195	59.04	59.16
Brag 100 Ar.	12.451	12.471	12,449	12.469

Babifche Bank

Der Bericht des Borftandes führt u. a. aus:

Das Jahr 1930, das sechzigste Geschäftsjahr seit Gründung unferer Bant, brachte teine Besserung ber Birtschaftslage im Lande Baden; es muß leider ein weiterer Abstieg der Wirtsschaft sestgeschellt werden. Die Lage Badens als Grenzland wirft sich weiter ungünstig für die Entwidlung seiner ge-

Mit wenigen Ausnahmen verzeichnen die hauptsächlichsten Industrien unseres Landes eine erhebliche Minderung ihres Absahes, und sie nußten zu Betriedseinschränkungen und Kurzarbeit, in einzelnen Fällen zu Betriedsstillegungen, über-Kurzarbeit, in einzelnen Fällen zu Betriebsstillegungen, übergehen. Insolge der Einschränkungen der Investitionstätigkeit in Industrie und Handel und der Verschlechterung der Finanzlage der öffentlichen Hand hat sich die Bautätigkeit während des verslossenen Jahres start vermindert. In Auswirkung dieser Tatsachen stieg die Arbeitslosigkeit im Verlaufe des Jahres auf eine ungeahnte Höhe an, wodurch sich die Kauftrast eines großen Teiles der Bebölkerung verminderte. Die schlechte Lage der Land- und Holzwirtschaft in Baden hat sich nicht gebessert. Der Weindau insbesondere seidet unter Absahmangel und ungenügenden Kreisen.

sagnangel und ungenügenden Preisen. Unser Wechseldiskontgeschäft bewegte sich im üblichen Rahmen. Der geringere Warenaustausch hatte eine gegenüber men. Der geringere Warenaustaufa hatte eine gegenüber dem Borjahre ermäßigte Juanspruchnahme von Handelswechsfelkredien zur Folge. Das Kotenausgaberecht unserer Bank war ab 1. Januar 1930 bis zum Jahresschluß auf ? Wilstonen Keichsmark bemessen. Unser Kotenkontingent haben wir sast das ganze Jahr hindurch voll nühen können. Das Meichsbankdirektorium und der Generalrat der Keichsbank ha-Ben mit ihrer Bekanntmachung bom 15. April 1930 ben § 31 bes Bankgesebes in Kraft geseht, mit der Bestimmung, daß dieser Beschluß gleichzeitig mit dem neuen Plan in Kraft tritt. Dadurch ist mit dem Inkrastitreten des neuen Planes auch der § 9 des Pribatnotenbankgesehes vom 30. August 1924 in Birffamfeit gefett worden.

Die Umfabe in festverzinslichen Werten waren in der erften Jahreshälfte lebhafter. Die Steigerung beren Kurse wirkte sich günstig auf unsere Bestände aus. Das Effektenkommis-sionsgeschäft ist auch im vergangenen Jahre unbefriedigend

Es wird borgeschlagen, auf die Borzugsattien eine Divibende von 6 Prozent, auf die Stammattien eine Dividende von 10 Prozent zu verteilen, der Beamtenunterstützungsfaffe den Betrag von 4972,20 Reichsmart zuzuweisen und 200 000 Reichs-

mark auf neue Rechnung vorzutragen. Bon dem laut Gewinn- und Verluftrechnung sich ergebenden Gewinn für 1930 von 1 009 817,28 Reichsmark entfallen zunächst 4 Prozent Gewinnanteil auf die Borzugs- und Stammaftien 332 000 Reichsmart, für Tantiemen des Aufsichtsrats find zu berwenden 85 602,03 Reichsmart, zur Ergänzung der Dividende der Borzugsattien auf 6 Prozent und der Stammatien auf 5 Prozent sind nötig 86 000 Reichsmark. Der Gewinnanteil des Staates beträgt 101 243,05 Reichsmark. Dazu kommt der Bortrag aus Geschäftsjahr 1929 mit 200 000 Reichsmark, zur Erhöhung der Dividende der Stammaktien auf 10 Prozent sind zu verwenden 400 000 Reichsmark.

Generalberfammlung am 14. März, mittags 12 Uhr in

Firma Steiner G. m. b. S., Beingroßhandlung, Rarisruhe. Die am Mittwoch abgehaltene Gläubigerversammlung der Firma Steiner G. m. b. H., Weingroßhandlung in Karlsruhe, hat si.? einstimmig für die Eröffnung des Bergleichsberfahrens ausge-

Reine neuen Badungen für Tabat notwendig. Entgegen anders. lautenden Rachrichten über eine Verfügung des Neichsfinanzministeriums, wonach angeblich in Zufunft der Tabat nur in Padungen bon 40 und 80 Gramm in den Sandel fommen barf, erfahren wir von unterrichteter Seite, daß die betr. Verfügung den Fabri-ken freie Hand läßt, ob sie den Tabak in Backungen von 40 und 80 ober, wie bisher, von 50 und 100 Gramm verfaufen wollen.

Reine allgemeine Mieterhöhung für die Stadtgemeinde Beil. Der Gemeinderat von Beil a. Rh. sprach sich, nachdem er die Besprechungen über die Abänderung des Wohnungsmangelsgesets entgegengenommen hatte, dahin aus, daß eine allgemeine Meiterhöhung von 5 Proz. für die Stadtgemeinde Weil vorläufig nicht in Betracht kommt.

Aus der Landesbampistadt

Die Rarleruher Studenten gegen Gumbel. Die Studentenschaft der Karlsrußer Technischen Dochschule befaßte sich am Mittwoch mit dem Fall Gumbel. Nach einem Referat eines Heidelberger Studenten wurde eine Entschließung an genommen, in der Protest gegen die Auslösung des Heidelberger Asta erhoben wird und die sich dagegen wehrt, daß Protessor Gumdel zum außerordentlichen Professor einer deutschen Universität ernannt worden sei. Es wurde ferner ein bon dem nationalsozialistischen deutschen Studentenbund eingebrachter Antrag angenommen, der "die Ginführung des "Numerus clausus" im Ginne des volksdeutschen Broblems" befürwortet. Ferner jollen Borträge und Sprechabende dur Erörterung ber Numerus-clausus-Frage beranstaltet und statitische Erhebungen gemacht werden.

Colossenntheater. Wie uns berichtet wird, geht die musi-falische Komodie "Biermal Che" heute abend zum letztenmal über die Bretter. Am Freitag und Samstag verabschiedet sich Wargarete Slezas mit ihrem Ensemble in einem bunten Abend "Rund um Bien", eine bunte Reihenfolge von 10 Bilbern aus dem alten und neuen Wien. An diesen Moenden singt Frau Siegat "Das Gebet" aus Tosca, die Arie aus der "Judin", aus Land des Lächelns "Ich möchte einmal wieder die Heimat seh'n", außerdem den "Cardas" von Lehar und "Ein bischen Feuer" von Benasth. Außerdem kommen überaus luftige Steiche zur Aufführung, u. a. "Der Kranken-kassenarzt", eine halbe Stunde beim Krankenkassenarzt mit seinem Batienten, und "Der Wiener Dienstmann". Es empfiehlt sich, rechtzeitig Karten im Borvertauf, Zigarrenhaus Meple, Ede Waldstraße und Bassage, zu besorgen.

Betterbericht ber Bad. Landeswetterwarte, Rarleruhe, von heute morgen: Auch in unserem Gebiet herrscht jeht wieder ausgesprochenes Bestwetter. Die Binde haben schon gestern ausgesrischt gleichzeitig sind leichte Riederschläge gefallen. Unter dem Ginfluffe der ozeanischen Luftzufuhr find ferner die Temperaturen allgemein gestiegen; sie lagen heute früh in ber Ebene 5 Grad über Rull, im Gebirge noch etwas unter Gine mejentliche Anderung des eingetretenen Bitterungscharafters ift vorerft nicht zu erwarten. Borausfage: Fortdauer des meift bededten und windigen Betters, geit-

weise leichte Niederschläge. Bafferstände: Waldshut 198 plus 5, Basel 8 minus 6, Schusterinsel 61 plus 4, Rehl 207 minus 2, Mazau 378 minus 5, Mannnheim 270 minus 7, Caub 205 minus 5.

Kurse Nachrichten aus Baden

Bom Ban ber Stauftufen Birichhorn und Rodenau bid. Cherbach, 26, Gebr. Bum Bau ber Stauftufe Dirichhorn hat der Gerätetransport bereits eingesett, so daß damit zu rechnen ist, daß die Arbeiten in Balbe aufgenommen werben. Mit dem eigentlichen Ban an der Rodenauer Schleufe wird man nicht bor Ende Marz rechnen dürfen. Die bisher ge-leistete Vorarbeit, die darin besteht, daß der Mutterboden abgehoben und auf die Seite transportiert wird und bei der es ich um 3000 Kubikmeter Erdmaffen handelt, find schon weit borangeschritten.

Gin umfangreicher Betrugsprozeg in Beibelberg

bld. Beibelberg, 26. Febr. Das Schwurgericht beschäftigte sich mit dem Prozes gegen die 53 Jahre alte Besitzerin des Kino- und Kaffeehauses "Obeon" in Heidelberg, Elise Schulten, geb. Bollenbacher, ihren 42 Jahre alten Schwager, den Raufmann August Gifenbeiß, und beffen 48 Jahre alte Che-seiner Schwägerin unterstützt hat. Seine Frau wird beschie Schuldigt, sich die Einrichtungsgegenstände übereignet lassen zu haben, obwohl sie gewußt hat, daß sie an ihre Schweiter teine Darlehensforderung hat. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Schulten 1 Jahr 10 Monate Zuchthaus, gegen Eisenbeiß 10 Monate und bessen Ehefrau 4 bis 5 Monate Gefängenis

Der Bürffe-Brogef in Freiburg

* Freiburg, 26. Febr. Am gestrigen zweiten Berhand mgs. Aretburg, 20. Hebr. um gehrigen zweiten Verhand, mgstag des Bürfle-Prozesses wurden, wie gemeldet, die beiden Angekagten Bürfle und Herling eingehend vernommen. Ambeutigen Donnerstag wurde mit der Zeugendernehmung begonnen. Mit großer Spannung sah man den Aussagen des Prokuristen Gahn und des Bankier Lieber entgegen, der des Launtlich bei dem Conkurs Rürkle 2 Williamen Schwaber fanntlich bei dem Konkurs Bürkle 2 Millionen Schweizer Franken eingebüht hat. Die Weldung, daß Lieber nicht zum Brozeh erscheinen werde, ift unrichtig; er weilte bereits gestern in Freiburg und hatte sich verpflichtet, Donnerstag vormittag bor Gericht zu erscheinen.

Arthur Lieber (Biffone-Lugano) hatte Burfle 1925 in Frankfurt a. M. kennen gelernt und sich entschlossen, als er seine Kommanditbeziehungen zu dem Bankhaus Schneiber löfte, mit der Burfle-Bant gufammenguarbeiten. Er ließ fein Konto auf die Burfle-Bant überweisen, nachdem er entsprechende Sicherungen in Form bon Grundschuldbrie-fen erhalten hatte. Lieber ftellte entschieden in Abrede, dem Banthaus Generalvollmacht erteilt gu haben. Da Burfle und Herling einen guten Gindrud auf ihn machten, habe er eine größere Ginlage in das Banthaus gemacht. Auf Beranlafgrößere Ginlage in das Banthaus gemacht. Auf Veranlaflung von Herling habe er auch Areditunterlagen zur Beschaffung eines Aredites für den Klosterneubau St. Trudbert zur Verfügung gestellt. 1928 sei er von einem gewissen Reppert, der bei Bürkle durch Effektenspekulationen erheblich Geld verloren habe, vor der Bürkle-Bank gewarnt worden. Er wurde dinen Prief einer bekannten Freiburger Persönlichkeit beruhigt. Später widerrief dieser Reppert seine Behauptungen. Es wurde festgestellt, daß von Witte 1928 die August 1929 dem Reppert vom Bankhaus Bürkle monatlich 300 die 400 RM ausbezahlt wurde, wie man vermutet, als Schweigesselber. Schliehlich wurde Lieber doch mitzraussch und beschichtigte, seine Einlagen zurückzurnsen, erklärte sich jedoch bereit, langsam mit dem Abbau seiner Positionen bei Bürkle borzugehen. borzugehen.

DB. Geibelberg, 25. Febr. Die Geibelberger Aliniterschaft und die Bereinigung Geibelberger Berbindungen ehrten gestern abend Geh. Rat Krehl anläglich seines bevorstehenden Rudtritts von der Leitung der Keuen medizinischen Klinik duch einen Fackelzug. Auf die Begrüßungsansprache des Spre-chers der Studentenschaft vor dem Hause Krehls, hielt der Gelehrte eine von begeisterter Liebe zum Baterlande getra-gene Rede, die in ein Hoch auf die Ruperto Carola ausklang.

DB. Beibelberg, 25. Febr. Gine ber erften Damen, die bie Staatsprüfung für das Lehramt an höheren Schulen in Ba-den abgelegt haben, Fräulein Sophie Schmitt, ist im 52. Le-bensjahre durch den Tod aus ihrem Wirtungstreis geriffen worden. Geit 1916 wirtte fie an der hiefigen Soberen Madchenschule, zuerst als Lehramtspraktikantin, seit 1920 als Pro-

DB. Affamftadt (Umt Tauberbifchofsbeim), 25. Febr. Die feit langerer Zeit bier herrschende Grippe nimmt feit lurgem einen bösartigen Charafter an. Es werden von ihr meistens Bersonen im Alter von 70—80 Jahren betroffen. Innerhalb 8 Tagen sind 4 Todesfälle zu verzeichnen. Seit Reujahr hat man hier 10 Leute zu Grabe getragen.

DB. Freiburg i. Br., 25. Febr. Der Vorstand des Deutsschen Reichsausschusses für Leibesübungen hat auf Anregung seines habischen Mitgliedes, Oberregierungsrat Broßmer, einstimmig beschlossen, dem um die Förderung der Leibesübungen hochberdienten Freiburger Uniberfitätsprofeffor Geh. Rat De med. Afchoff, die Ablerplatette zu verleihen.

DB. Freiburg i. Br., 25. Febr. Die Gehälter ber kaufmän-nischen Angestellten im Handelskammerbezirk Freiburg sind auf Grund freier Bereinbarung zwischen den beieiligten Ge-werkschaften und Arbeitgeberverbänden um 5 Proz. gekürzt worden. Ausgenommen von der Kürzung wurden die Ge-hälter bis zu 125 RM. Die Reuregelung tritt mit Wirkung vom 1. März 1931 in Kraft und ist erstmals auf den 30. Sep-tember mit niermäckentlicher Gündigungskrift kündber tember mit vierwöchentlicher Kündigungsfrist kündbar.

blb. überlingen, 26. Febr. Das von der baherischen Eisen-bahnverwaltung in Bau gegebene Diesel-Motorschiff "Remp-ten" ist jeht in Dienst gestellt worden, das zweite Schiff "Augsburg" wird Ende April fertig. Die beiden Schiffe ha-ben ein Fassungsverwögen für je etwa 400 Personen. Die Schiffe sollen hauptsächlich für Pendelsahrten und für der-Binterdienst dienen und außerdem im Commer für Sonderfahrten verwendet werden.

Bolts - Travertag

Sonntag, ben 1. Mara, 12 Uhr

Gedächtnis-Feier

im großen Gaale ber Fefthalle

Mitwirtenbe: Frang Philipp, Direttor ber Bab. Sochicule für Musit; Orchester bes Babischen Landestheaters, Leitung Generalmusitbirettor Josef Krips; Männergesangverein Lieberhalle, Leitung Studientat Suge Rabner; Anfprache Kirchenrat D. Deffelbacher, Baben-Baben.

- 1. Orchefter: Allegro non troppo (I. Sat) aus ber II. Sinfouie D-Dur Opus 73
- . . Johannes Brahme 2. Orgel: Canzone G-Roll aus ben Monologen Opus 63 Mar Reger 3. Mannerdor: "An bas Baterlanb" Ronrabin Rrember
- 5. Mannerchor: "3ch hatt' einen Rameraben"
- 6. Orget: Aus den Choralvorspielen Opus 17, "Zesu, zu bir rufen wir"
- 8. Orchefter : Egmont-Duverture Lubwig van Beethoven

Bir laben die gesamte Bevölferung zur Teilnahme ein. Einzeleinladungen ergeben nicht. Die Teilnehmer werden gebeten, in der Bedeutung des Tages angemeffener Rteidung zu ericheinen. Der Eintritt ift frei. Programme find in der Festhalle für 20 Rpf. erhältlich. Für Schwertriegsbelchabigte und altere hinterbliebene werden in den vorberen Reiben bis 11% Uhr Plate freigehalten, wo auch Plate für Bertreter der Behörben sichergestellt find.

Ortsgruppe Karlsruhe des Landesverbandes Baden des Bolfsbundes Deutsche Ariegsgräberfürsorge

Städt. (öffentliche) Spartasse Königshofen, Baden bor das Amtsgericht Karlstube. Atademiestraße &. 1. Stod., Limmer 40. Karlst

Buanz auf 31. Dezember 1930					
Bermögen	9216	Berbindlichteiten RK			
1. Kassenbestand	91 772,92 3 392,10 897 595,81 156 983,44 83 455,84 40 398,45 352 159,93 47 553,56	1. Spareinlagen 1 066 902 2. Aufwertungs- ipareinlagen			
	1 681 554,43	1 681 554,			

Berechnung der Rüdlage

Die gesetliche Rudlage hat zu betragen: 8°/, aus 1 116 402,50 %% Einlagen 89 312,20 %% Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 . . 104 933,19 %% Somit mehr . . . 15 620,99 RM

Ronigshofen, ben 14. Februar 1931.

Der Borfigende des Bermaliungerats: Sofmann.

A.475. Karlsruhe. Aber bas Bermögen ber Firma person wurde Rechtsanswalf Freu, Inhaber B. Friedrich in Karlsruhe, Kaiserstr. 50, bestellt. Dem Schuldner wurde gemäß §§ 50, 51 und 54 BO. allgemein berboten, über wendung des Konfurses die Bermögensstüde der 1931, nachmittags 4 Uhr,

Der Gefcaftsleiter:

Stein.

M.313

ruhe, den 24. Febr. 1931. Gefchäftsftelle bes Mmtsgerichts A 9.



Badiiches Landestheater

Freitag, den 27. Febr. 1931

*F 17 (Freitagmiete)

Emilia Galotti

Traueripiel bon Leffing

Regie: Rienfcherf

Mitmirtenbe: Bertram, Frauenborfer,

Schreiner, Brand, Dahlen, Gemmede, Graf, Rubne, Boder, Juft, Buther, Schulge, S. Rienscherf

Anfang 20 Ende 221/,

Breise A (0,70-5 926)

Sa. 28. 2. Reu einftudiert: Der Rosenkavalier. So. 1. 3. Rachm : Emilia Galotti. Abends: Die Sugenotten. 3m Konzerthaus: Reine Borftellung.

Drud G. Braun, Rarlerube.